

KOMPAKT

ABWASSER

Worms hat den günstigsten Tarif

In vielen süddeutschen Städten sind die Abwassertarife vergleichsweise günstig. Worms, Ludwigsburg und Karlsruhe führen eine Rangliste an, die der Eigentümerverband Haus und Grund vorgestellt hat. Zu den günstigsten zehn unter den 100 größten deutschen Städten zählen auch Hanau, Freiburg, Frankfurt am Main, Regensburg, Heidelberg, Tübingen und Augsburg. Am meisten für das Abwasser zahlen die Bürger Potsdams. Die Jahresrechnung für eine vierköpfige Familie liegt dort bei knapp 940 Euro und fällt damit 700 Euro höher aus als in Worms. „In vielen Städten sind die Abwassergebühren zu hoch“, kritisierte Verbandspräsident Kai Warnecke. „Viele Bürger zahlen damit Jahr für Jahr zu viel an Gebühren.“

POGGENPOHL

Küchenhersteller geht in britische Hände

Der angeschlagene Küchenhersteller Poggenpohl kommt in neue Hände: Die britische Premiumküchen-Anbieter Lux Group werde das Unternehmen zusammen mit der deutschen Unternehmerfamilie Wolf im Rahmen einer übertragenden Sanierung erwerben, teilte der vorläufige Insolvenzverwalter Manuel Sack mit. Zum Kaufpreis machte er keine Angaben. Poggenpohl hatte im April angesichts erheblicher Auftrags- und Umsatzrückgänge seit Ausbruch der Corona-Pandemie Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens stellen müssen. Die Pandemie traf das Unternehmen mitten im laufenden Firmenumbau. Der Hersteller beschäftigte zuletzt noch 270 Mitarbeiter. Die Lux Group kennt sich mit Küchen aus. Zu ihrem Portfolio gehören die vor allem im angelsächsischen Markt bekannten Küchen-Marken Smallbone, Mark Wilkinson und Brookmans.

CARNIVAL

US-Kreuzfahrtriere mit Milliardenverlust

Der von der Corona-Krise stark getroffene US-Kreuzfahrkonzern Carnival gerät noch tiefer in die roten Zahlen als befürchtet. Im zweiten Quartal fiel ein Nettoverlust in Höhe von 4,4 Milliarden Dollar (3,9 Milliarden Euro) an, wie das Unternehmen auf Basis vorläufiger Ergebnisse in Miami mitteilte. Vor einem Jahr hatte Carnival noch 451 Millionen Dollar verdient. Der Umsatz sank von 4,8 Milliarden auf 700 Millionen Dollar. Damit wurden die ohnehin schon schwachen Markterwartungen verfehlt. Die Corona-Pandemie hat den Tourismus-Giganten, zu dem auch der deutsche Kreuzfahrantbieter Aida Cruises gehört, in große Probleme gebracht. Der Branchenriese war durch Virus-Ausbrüche auf einigen seiner Schiffe schon recht früh in die Schlagzeilen geraten und wurde so zu einem Symbol der Krise.

BUSSE UND BAHNEN

Fahrgastzahlen steigen wieder an

Die Zahl der Bus- und Bahnfahrergäste nimmt nach dem Abflauen der Corona-Krise allmählich wieder zu. Man verzeichne etwa 40 bis 60 Prozent der Nachfrage von vor der Krise, sagte der Präsident des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen, Ingo Wortmann. 2020 werde es aber keine Rückkehr zum Normalzustand geben. „Ich rechne damit, dass die Effekte bis weit ins nächste Jahr hineinreichen“, sagte Wortmann. Die Einnahmeverluste summieren sich auf rund fünf Milliarden Euro. Davon will der Bund die Hälfte übernehmen. Die Unternehmen selbst würden etwa zehn Prozent tragen, so Wortmann. Die übrigen Mittel müssten die Länder zur Verfügung stellen. Da sei man in guten Gesprächen.

Die „Akademik Tscherski“ hat eine lange Reise hinter sich: Sie lief im Februar aus dem Hafen von Nachodka im Osten Russlands aus, fuhr dann um die Südspitze Afrikas herum und machte in diesem Monat auf Rügen fest, im Hafen von Sassnitz. Dort bereitet die Mannschaft eine Mission vor, die weltpolitische Bedeutung hat. Ihr Schiff soll auf dem Grund der Ostsee den letzten Teil der Pipeline Nord Stream 2 verlegen, durch die Russland Erdgas nach Deutschland strömen lassen will – ein Projekt, das Amerika zu stoppen versucht.

VON STEFAN BEUTELSBACHER
AUS NEW YORK

Mehrere Senatoren, angeführt von dem Republikaner Ted Cruz, fordern weitere Sanktionen gegen Nord Stream 2. Vor einem halben Jahr kündigte die US-Regierung schon an, alle Firmen zu bestrafen, die an der Leitung bauen. Die schweizerische Reederei Allseas, bis dahin im Auftrag der Russen tätig, zog ihr Spezialschiff aus der Ostsee ab – was Moskau zwang, die „Akademik Tscherski“ um die halbe Welt zu schicken. Die nun geplanten US-Sanktionen richten sich auch gegen Unternehmen, die Schiffe für unterstützende Arbeiten stellen, etwa zum Ausheben von Gräben für die Pipeline. Sogar Firmen, die solche Schiffe nur versichern, drohen Strafen. Der Streit um Nord Stream 2 spitzt sich damit zu. Mit der Leitung, argumentiert die US-Politik, mache sich Berlin erpressbar. Deutschland drohe „Moskaus Geisel“ zu werden.

Die USA schlagen eine Alternative vor: Erdgas aus Texas, Alabama oder Oklahoma statt aus Sibirien. Man wolle, wirbt das Energieministerium, „Moleküle der Freiheit“ über den Atlantik schicken. Von „Freedom Gas“ ist die Rede. Die Senatoren um Ted Cruz betonen, Europas Energiesicherheit stehe auf dem Spiel. Und ihr Vorstoß dürfte Erfolg haben, denn auch die Demokraten wollen Nord Stream 2 verhindern – und Präsident Donald Trump sowieso. Aber sorgen sich die US-Politiker wirklich allein um die Unabhängigkeit der Deutschen? Oder wollen sie ihnen, wie manche Experten glauben, bloß mehr amerikanisches Gas verkaufen?

„Trump hat wohl einen Hintergedanken“, sagt Giovanna De Maio von der Washingtoner Denkfabrik Brookings. Es gehe dem Präsidenten nicht allein darum, die Nato-Verbündeten vor den Launen Wladimir Putins zu schützen. „Er möchte die europäischen Länder auch dazu bewegen“, meint De Maio, „ihren Energiebedarf mit Gas aus den USA zu decken.“ Wenn das stimmt, dann vertraut Amerika hier nicht den Kräften des Marktes – sondern will mit Drohungen nachhelfen. Auch Ted Cruz, der Mann hinter den neuen Sanktionen, dürfte sich nicht zuerst um Deutschland sorgen. Wahrscheinlicher ist, dass der Senator die Wirtschaft seines Bundesstaates Texas im Sinn hat. Dort, im Permian-Becken, wurde im vergangenen Jahr neues Gas entdeckt. Und dafür müssen nun Käufer gefunden werden. Die Region ist inzwischen zum zweitgrößten Gasproduzenten der USA aufgestiegen, nach dem riesigen Appalachen-Becken, das sich von New York bis Alabama erstreckt.

Trump und Cruz, in den Vorwahlen von 2016 noch Gegner, vereint nun der Kampf gegen Nord Stream 2. Amerika, so lautet ihr Plan, soll zur Gasweltmacht aufsteigen. Bisher ist Australien der größte Exporteur. Das Land verschifft im vergangenen Jahr Schätzungen zufolge



Stein des Anstoßes: Das russische Schiff „Akademik Tscherski“ liegt vor den Kreidelfelsen der Insel Rügen

Ärger in der Ostsee

Donald Trump macht mobil gegen den finalen Ausbau der Pipeline Nord Stream 2. Offiziell sorgt man sich um Europas Abhängigkeit. In Wahrheit steckt aber Geschäftsinteresse dahinter

77,5 Millionen Tonnen. Auf Platz zwei liegt mit 75 Millionen Tonnen Katar. Amerika folgt erst auf Platz drei.

Die US-Förderer verkauften 34 Millionen Tonnen Gas, also nicht einmal halb so viel wie die Topproduzenten. Das will Trump ändern. Er versucht, Amerikas Gasindustrie wettbewerbsfähiger zu machen. Der Präsident lockerte zum Beispiel Umweltauflagen und beschleunigte Genehmigungsprozesse, damit schneller neue Bohrtürme errichtet werden können. Die Branche ist ihm wichtig.

Denn in diesem Jahr wird in Amerika gewählt – und die Gasfirmen und ihre Arbeiter zählen zu Trumps wichtigsten Unterstützern. Trumps Plan scheint zu funktionieren. 2018 stieg die US-Gasproduktion um 13 Prozent, 2019 um elf Prozent. Aber die Firmen förderten zu viel. Das Angebot übertrifft nun die Nachfrage, die Preise sind deshalb niedrig. 28 Kubikmeter Gas oder eine Million BTU – in dieser Einheit wird der Rohstoff gehandelt – kosten seit Jahresbeginn weniger als zwei Dollar. Schuld ist auch das Coronavirus, das die halbe Weltwirtschaft zum Stillstand brachte. Aber anders als der Ölpreis, der mit dem Beginn der Pandemie ebenfalls einbrach, hat sich der Gaspreis bisher nicht erholt.

Amerikas Tanks füllen sich. Anfang Juni befand sich ein Drittel mehr Gas in den Lagern als ein Jahr zuvor, wie Daten der US-Behörden zeigen. Das Land muss

Übernahmen wichtiger deutscher Firmen erschwert

Hauptadressat des neuen Gesetzes dürfte China sein

Viele ausländische Unternehmen werden es bei Einkaufstouren auf dem deutschen Markt künftig schwerer haben. Der Bundestag beschloss mit großer Mehrheit ein Gesetz, mit dem Investitionen aus Nicht-EU-Staaten in strategisch wichtigen Bereichen umfassender und vorausschauender geprüft werden können. Es geht dabei zum Beispiel um die Versorgung mit Impfstoffen oder um kritische Infrastrukturen wie Stromnetze. Hauptadressat dürfte China sein – auch wenn das zunächst niemand so deutlich sagt.

Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) versicherte, Deutschland werde trotzdem offen für ausländische Investitionen sein. Der Mittelstand dürfe aber nicht zum wehrlosen Übernahmekandi-

daten werden. Kritische Unternehmen und Technologien gerade im Gesundheitsbereich dürften nicht verloren gehen. „Nicht alle, die investieren wollen, haben gleichermaßen laute Absichten“, warnte er. Die Bundesregierung wolle deshalb wissen, wer hinter potenziellen Investoren stecke und handeln können, bevor es zu spät sei. Deutsche und europäische Firmen sollten vor unfairem Wettbewerb, vor unzulässigem Technologietransfer und vor Aufkauf durch staatlich subventionierte Konkurrenz bewahrt werden. Vor allem chinesische Investoren hatten es zuletzt auf Hightechfirmen abgesehen. Das prominenteste Beispiel ist der Roboterhersteller Kuka, der 2016 von einem chinesischen Konzern übernommen wurde. dpa



„ICH ARBEITE FÜR DIE CHANCEN!“

„Jetzt haben wir die Möglichkeit, eine bessere Zukunftsordnung zu schaffen – und neue Lösungen für soziale, wirtschaftliche und ökologische Probleme zu finden.“

Jan-Hendrik Goldbeck
Geschäftsführender Gesellschafter GOLDBECK GmbH

Corona hat unsere Welt verändert. JETZT SIND UNSERE WERTE GEFRAGT: Respekt zeigen, Solidarität stärken, Verantwortung übernehmen. Die Werte-Stiftung hat bekannte Persönlichkeiten gebeten, sich zu ihrem individuellen Beitrag zu bekennen. Lassen Sie sich inspirieren!

www.wertestiftung.org

WERTE STIFTUNG

WIR ÜBERNEHMEN VERANTWORTUNG.
WIR LEISTEN EINEN BEITRAG.